

# Übersichten

## Außenpolitik

### \* (1) Ministerpräsident Li Peng in Japan

Vom 12. bis 16. April 1989 stattete Ministerpräsident Li Peng dem Kaiserreich Japan einen offiziellen Staatsbesuch ab. Er geriet mitten hinein in den Trubel um die Korruptionsaffäre Takeshita, hatte also einen denkbar ungünstigen Termin angetroffen, der allerdings nicht mehr geändert werden konnte, da er seit langem feststand und als Erwiderung des Takeshita-Besuchs vom August 1988 gedacht war.

Takeshita, der zu dieser Zeit noch im Amt war, bestätigte die bisherigen Grundlagen der japanischen Chinapolitik, d.h. das Fortbestehen der "Vier Gesichtspunkte", wie sie 1983 zuerst mit Zhao Ziyang und später mit Hu Yaobang vereinbart worden waren, nämlich (1) der gegenseitigen Freundschaft, (2) der "korrekten Haltung" gegenüber den Konflikten der Vergangenheit, (3) der Neubelebung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrags von 1978 und (4) der Fortsetzung des Freundschaftsverhältnisses von "Generation zu Generation". Mit Hu Yaobang war im November 1983 auch die Gründung eines "Komitees für die chinesisch-japanische Freundschaft im 21. Jahrhundert" vereinbart worden.

Ferner hatte sich Japan seit Aufnahme seiner diplomatischen Beziehungen mit China (1972) zu dem Standpunkt bekannt, daß es nur *ein* China gebe, und damals auch seine Beziehungen zu Taiwan abgebrochen.

Aus japanischer Sicht sind die beiderseitigen Beziehungen verhältnismäßig problemlos: Die Taiwan-Frage sei kaum noch ein Thema und die "Geschichtsfrage" gilt als Nebenschauplatz. Im übrigen laufe der Handelsaustausch mit China ganz nach Wunsch.

Ganz anders die Chinesen, die bei ihrer alten Taktik bleiben, das schlechte japanische Gewissen am Leben zu erhalten.

Zwei Punkte werden von ihnen als besonders streitig dargestellt, nämlich die unterschiedliche Geschichtsauffassung und die Beziehungen zwischen Japan und Taiwan. Dies wurde auch ausdrücklich von Li Peng bei mehreren Reden während des Japanbesuchs hervorgehoben. In gleichem Zusammenhang kam er auch mehrere Male auf die Streitigkeiten um das "Kokario-Studentenhaus" zu sprechen, dessen Eigentum durch einen japanischen Gerichtsbeschuß der Republik China auf Taiwan zuerkannt worden war - also einem Staat, der nach offizieller japanischer Regierungspolitik gar nicht existiert!

Aus der Sicht Li Pengs war es Ziel seines Besuchs, die von den Politikern und der Bevölkerung beider Länder hergestellten freundschaftlichen Beziehungen weiter zu entwickeln: Dies ist ein typisch konfuzianischer Ansatz, der vor allem vom Kapital der persönlichen Beziehungen ausgeht!

Am Rande des Besuchs hat es in China zahlreiche Hintergrundberichte über das chinesisch-japanische Verhältnis gegeben: In den herrschenden Kreisen Japans grassiere seit langem eine politische Krankheit - die "Kriegsschuldfurcht". Zahlreiche Vertreter der japanischen Regierung, nicht zuletzt auch Takeshita, seien auf den Plan getreten und hätten sich in unverantwortlicher Weise zum seinerzeitigen japanischen Überfall auf China und andere Länder geäußert. Sie verschleierten das Wesen dieses Aggressionskriegs und entlasteten die damaligen Machthaber Japans von der Mitschuld. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf das vom japanischen Erziehungsministerium 1982 neu herausgegebene Geschichtslehrbuch, in dem die Angriffe der Truppen Japans völlig verzerrt dargestellt wurden. Sie seien in die Länder Asiens nicht etwa eingefallen, sondern

nur "eingetreten". 1986 habe der japanische Erziehungsminister Masayuki Fujio mehrmals in aller Öffentlichkeit die japanischen Truppen, die i.J. 1910 Korea annectierten und dort auch chinesische Einwohner massakrierten, von jeglicher Schuld freigesprochen. 1988 habe Seisuke Okuno, Leiter des Verwaltungsamts für das nationale Territorium, versucht, ebenfalls das Wesen des Zweiten Weltkriegs zu revidieren, indem er behauptete, Japan sei in diesem Feldzug keineswegs Aggressor gewesen. Mitte Februar 1989 habe sich schließlich Ministerpräsident Takeshita überraschend in der Öffentlichkeit über den Zweiten Weltkrieg geäußert: Ob dies wirklich ein Aggressionskrieg gewesen sei, darüber müßten künftig die Historiker entscheiden. Seiner persönlichen Ansicht nach sei es schwer, einen Angriffskrieg wissenschaftlich zu definieren. Aus chinesischer Sicht hatte er damit den Aggressionskrieg beschönigt.

Die Tatsache, daß so viele japanische Politiker derart merkwürdige Ansichten äußerten, rechtfertige die Theorie von der "Kriegsschuldfurcht". Japan habe seine Vergangenheit keineswegs bewältigt; nach wie vor suchten vor allem Politiker den damaligen Aggressionskrieg als ein "ungelöstes akademisches Problem" hinzustellen. Sie möchten aber doch bitte auch auf die Gefühle des chinesischen Volkes Rücksicht nehmen und sich die Frage stellen, ob Japan mit solchen Aussprüchen wirklich gedient sei. Wenn die Politiker eines Landes keinen Mut haben, der eigenen Geschichte und den Realitäten ins Auge zu sehen, so könnten sie auch nicht erwarten, daß ihnen die Weltgemeinschaft Vertrauen entgegenbringe und dem Land einen wichtigen politischen Platz in den internationalen Angelegenheiten einräume. Während in vielen europäischen Ländern die Regierungen keine Mühe scheuten, frühere Faschisten zu verfolgen und dingfest zu machen, stecke man in Japan hinsichtlich der Mitschuld am Krieg einfach den Kopf in den Sand.

Erklärungen dieses Inhalts wurden vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 16.2.1989 und von Rednern beim VII.NVK am 20.2.1989 abgegeben (XNA, 16., 17.2. und 20.2.89). Am 22. Februar 1989 erklärte ferner ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß "wir nicht dulden können, daß diese schreckliche Zeit in der Geschichte verfälscht oder verleugnet wird ... Worte und Taten,

die die Natur des Kriegs verdunkeln oder die Verantwortung für den Mordfeldzug auf andere abwälzen, laufen den Prinzipien und dem Geist der Gemeinsamen chinesisch-japanischen Erklärung und dem chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag zuwider" (XNA, 22.2.89).

Weitere Sorgen, die in China geäußert werden, gelten der Verstärkung der japanischen Armee und dem neuen Nationalismus im Nachbarstaat.

Seit 1955, als Japan zuerst kleine Raketen erprobte, habe das Land acht Arten von Trägerraketen erforscht und hergestellt und mehr als dreißig Satelliten in die Erdumlaufbahn befördert. Ferner hätten Japan und die USA inzwischen ein grundsätzliches Abkommen über den Bau von Raumstationen getroffen. Japan sei am NASA-Projekt beteiligt und habe sich 1983 zum Export von Militärtechnologie in die USA entschlossen. Ferner habe es sich 1986 formell dem SDI-Projekt angeschlossen. Im September 1986 entschied die japanische Regierung, den Vereinigten Staaten Raketentechnologie sowie Know-how zum Bau von Versorgungsschiffen zu überlassen.

Mit all diesen Schritten habe sich Japan von seinen klassischen "Drei Prinzipien" eines Verbots von Waffenexporten verabschiedet.

Viele große japanische Firmen betreiben inzwischen Waffenherstellung. Die Waffen, die Japans größter Munitionshersteller, Mitsubishi, 1987 produzierte, machten 18% des Gesamtumsatzes dieser Firma aus. Die Firma wolle den Anteil künftig auf 25% steigern. Auch Kawasaki und Toshiba seien eifrig in der Rüstungsproduktion beschäftigt.

Ferner trete in Japan ein besorgniserregender neuer Nationalismus zutage, der sich in der Verbreitung eines "nationalen Verteidigungsbewußtseins" sowie in dem Besuch von Regierungsvertretern am Yasukuni-Schrein äußere - einem öffentlichen Grabdenkmal, unter dem die Überreste ehemaliger Kriegsverbrecher beerdigt sind. Die neuen Nationalisten revidierten den Inhalt japanischer Geschichtsbücher an den Schulen und versuchten die Verfassung abzuändern, vor allem im Hinblick auf die Stellung des japanischen Militärs. In der Verfassung vom 3. Mai 1947 sei in Art.9 ein Verzicht auf Militär festgelegt: Das Land dürfe kein Heer, keine Luftwaffe, Marine oder

andere Streitkräfte unterhalten. Dieser Art.9 solle nun nach den Bestrebungen einiger Vereinigungen "ergänzt" werden: Japan solle zwar keinen Aggressionskrieg, wohl aber Aktionen zur Selbstverteidigung führen dürfen. Inzwischen gebe Japan bereits über 1% seines BSP für Waffen und Verteidigungskräfte aus. Es gestatte ferner US-Kriegsschiffen, die mit Nuklearwaffen bestückt sind, in japanische Häfen einzulaufen. Dadurch würden die drei "Nicht-nuklear-Prinzipien" durchbrochen. Japan habe ferner angekündigt, daß es Schiffe, einschließlich US-Kriegsschiffe, innerhalb der 1.000-sm-Zone eskortieren werde. Dies sei ein weiterer Schritt, der allen bisherigen Verpflichtungen zum Verzicht auf kollektive Verteidigung zuwiderlaufe (BRu 1989, Nr.10, S.14 ff.).

Trotz solcher Vorwürfe verliefen die Besprechungen Lis aber in sachlicher Atmosphäre.

Beide Seiten betonten, daß die Wandlungen von der Konfrontation zum Dialog, von der Spannung zur Entspannung positive Faktoren in der jetzigen internationalen Situation seien, die man nutzen solle. Die Verwirklichung eines lange dauernden Friedens sei Aufgabe aller Völker, nicht zuletzt auch des chinesischen und des japanischen Volkes.

Eines der Hauptthemen Li Pengs war es, die Japaner zu verstärkten Investitionen in der Volksrepublik China, aber auch in Hongkong zu drängen: Die Übernahme Hongkongs durch die VR China i.J. 1997 gefährde die japanischen Investitionen dort in keiner Weise (Kyodo in SWB, 14.4.89).

Während des Besuchs Li Pengs wurde auf Außenministerebene ein Protokoll über Investitionsschutz unterzeichnet (XNA, 14.4.89).

Li wurde am 13. April vom japanischen Kaiser Akihito empfangen. Er lud ihn zu einem Staatsbesuch nach China ein.

Am 16. April gab Li eine Pressekonferenz, in der er seinen Besuch als höchst erfolgreich einstufte. Man habe Meinungen ganz offen ausgetauscht und das gegenseitige Verständnis vertieft. Freundschaft zwischen den beiden alten Kriegsgegnern solle auch in Zukunft weiterbestehen.

Li Peng dementierte Spekulationen über Zhao Ziyang. Es hatte vorher Gerüchte gegeben, daß Zhao zum Rück-

zug gezwungen werde. Die politische Lage Chinas sei stabil und die japanischen Freunde könnten beruhigt sein (XNA, 14.4.89).

Während der Visite des Premiers kam es auch zu einem Zwischenfall: In Fukuoka gaben einige Rechtsextremisten Schüsse auf das dortige chinesische Generalkonsulat ab. Die chinesische Seite betonte aber, daß Li trotz dieses bedauerlichen Zwischenfalls von der Bevölkerung überall ausnahmslos herzlich begrüßt worden sei (Liaowang, 24.4.89). -we-

\*(2)

#### Fünf-Nationen-Rundreise des chinesischen Vizepremiers Tian Jiyun durch Länder des Nahen Ostens

Anfang März 1989 begann Tian Jiyun eine 17-Tage-Tour, die ihn nach Iran, in die Türkei, in den Irak, nach Kuwait und in die Vereinten Arabischen Emirate führte (XNA, 21.3.89). Seinen Besuch begann er bezeichnenderweise im Iran (4.3.89). Iran war wegen seiner kritischen Haltung zur benachbarten UdSSR immer schon ein bevorzugter Partner der Chinesen - sowohl zur Zeit des Schah als auch danach. Tian Jiyun erklärte, China wolle Iran beim Wiederaufbau helfen, vor allem bei der Reparatur beschädigter Ölraffinerien, küstennaher Ölplattformen und verschiedener Kraftwerke. China hatte während des 8jährigen Golfkriegs sowohl zu Irak wie auch zu Iran stets optimale Beziehungen unterhalten - eine Meisterleistung, wenn man bedenkt, daß es u.a. Raketen des Typs "Seidenraupe" an Teheran lieferte, ohne daß dies zu stärkeren Reibungen mit dem Irak führte.

China will im Auftrag des Iran ferner einen Kommunikations- und Aufklärungssatelliten bauen, der 1990 mit chinesischen Raketen ins All geschickt werden soll. Auch sollen die umfangreichen Waffenlieferungen fortgesetzt werden. U.a. hat China sich bereiterklärt, auch in Zukunft Jagdflugzeuge, U-Boote und 40 Seidenraupen-Raketen, einschließlich chinesischer Versionen der sowjetischen Scud- und Sam-II-Raketen, zu liefern. Iran will in den kommenden fünf Jahren 10 Mrd. US\$ in die Modernisierung seiner Streitkräfte stecken: China profitiert davon.

Auch während seines Bagdadbesuchs am 14. März versprach Tian Mithilfe bei der Heilung von Kriegswunden

## CHINA aktuell

- China geht hier also höchst paritätisch vor. Die Perspektiven für die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seien höchst positiv, hieß es (XNA, 13.3.89).

Der Besuch in der Türkei spiegelte das gute und unproblematische Verhältnis zwischen Ankara und Beijing wider. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern erreichte 1988 die Summe von 300 Mio. US\$. -we-

**\*(3)  
China und Saudi-Arabien beschließen  
offizielle Handelsbeziehungen**

Saudi-Arabien ist eins der wenigen Länder, die noch Beziehungen zu Taiwan aufrechterhalten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die religiös ausgerichtete Regierung nichts mit kommunistischen Regimen zu tun haben möchte - zumindest war dies lange Zeit die offizielle Politik.

Inzwischen aber hat Saudi-Arabien beschlossen, eine regierungsoffizielle Handelsvertretung in Beijing einzurichten. Der Stellvertretende Minister für Finanzen und nationale Wirtschaft Saudi-Arabiens, Abdullah Al-Kuwais, sagte in Beijing am 19.4., daß der Leiter des Büros bereits ernannt worden sei (XNA, 20.4.89).

Die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien ist wirtschaftlich vorteilhaft für China. U.a. soll in Qinhuangdao eine Ammoniumphosphat-Fabrik als sino-arabisches Joint Venture errichtet werden (XNA, 22.4.89).

Im Zusammenhang mit seiner Arabien-Politik wiederholte China erneut seine Mittelost-Optionen, vor allem seine Unterstützung für die weitere Konsolidierung eines unabhängigen palästinensischen Staats (z.B. XNA, 18.4.89). Entsprechend sucht es auch auf Israel einzuwirken: Am 6.3. traf der chinesische UN-Botschafter Li Luye in New York mit dem amtierenden israelischen UNO-Botschafter zusammen und gab Erklärungen zur chinesischen Mittelost-Politik ab. Am 20. April forderte China erneut die israelische Regierung auf, ihre Mittelost-Politik zu ändern und ihre Truppen von den seit 1967 besetzten arabischen Territorien abziehen (XNA, 21.4.89). All dies stimmt mit den Positionen Saudi-Arabiens überein. -we-

**\*(4)  
China und Bahrain nehmen diplomatische  
Beziehungen auf**

Am 18. April 1989 beschlossen die VR China und Bahrain, diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen.

Abweichend von den üblichen Kommuniqués, die bisher aus gleichem Anlaß herausgegeben worden waren, ist diesmal nicht die Klausel enthalten, daß "die Regierung der VR China die einzige legitime Vertreterin Chinas ist". Das chinesische Außenministerium kommentierte diese Abweichung mit dem Hinweis, daß China sich von dem Grundsatz "Ein Land, zwei Systeme" leiten lasse (XNA, 20.4.89). Man geht also offensichtlich davon aus, daß damit das alte Legitimationspostulat neu formuliert sei.

Unter den Mitgliedern des Golf-Kooperationsrats ist Bahrain der fünfte Staat, der diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen hat. Nur Saudi-Arabien fehlt jetzt noch. -we-

**\*(5)  
Schon bald diplomatische Beziehungen  
mit Indonesien und Singapur?**

Am Rande der Beerdigungsfeierlichkeiten für den japanischen Kaiser Hirohito Ende Februar 1989 traf der chinesische Außenminister Qian Qichen in Tokyo mit dem indonesischen Präsidenten Suharto zusammen und einigte sich mit ihm dabei grundsätzlich über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Bei einer Pressekonferenz Mitte April 1989 sagte Qian wörtlich: "Nach meiner Begegnung mit dem indonesischen Präsidenten in Tokyo ist die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern politisch bereits gelöst; es müssen jetzt nur noch technische Fragen besprochen werden."

Präsident Suharto hatte bereits am 26. Februar bekanntgegeben, daß der Normalisierung diplomatischer Beziehungen zwischen Indonesien und China nichts mehr im Wege stehe, nachdem die chinesische Seite glaubhaft versichert habe, sie werde sich nicht mehr in indonesische Angelegenheiten einmischen, und daß sie "auch nicht länger die Überlebenden des kommunistischen Aufstands von 1965 unterstützen" wolle (Bernama in SWB, 2.3.89).

Beide Seiten haben ein Drei-Punkte-Abkommen über die Frage der Normalisierung ihrer Beziehungen getroffen (XNA, 2.3.89; CD, 3.3.89). Einzelheiten dazu sind allerdings bisher nicht bekanntgeworden.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Seiten waren 1967 eingestellt worden - also zwei Jahre nach dem "September-Zwischenfall" von 1965, bei dem - gemäß offizieller indonesischer Interpretation - die Kommunistische Partei Indonesiens in Zusammenarbeit mit Beijing versucht hatte, einen Umsturz durchzuführen, der lediglich durch das entschlossene Eingreifen Suhartos habe verhindert werden können.

Jahrelang hatte zwischen beiden Staaten diplomatische Funkstille geherrscht, obwohl Beijing zwischendrin immer wieder versucht hatte, mit Jakarta ins Gespräch zu kommen. Jakarta weigerte sich aber, sich auf solche Kontakte einzulassen, weil es nicht nur das Trauma von 1965 noch nicht überwältigt hatte, sondern überdies der Ansicht war, daß China Indonesiens künftiger Hauptfeind sei, zu dem man möglichst auf Distanz bleiben solle.

Wie nachteilig diese Haltung auf die Dauer war, mußte Indonesien im Zusammenhang mit der Kambodscha-Affäre entdecken: All seine Versuche, dieses Problem möglichst ohne Mitwirkung Chinas zu lösen, sind bisher gescheitert. Man hat in Jakarta erkennen müssen, daß in der Kambodscha-Frage ohne die VR China nichts läuft. Auch sind inzwischen die Handelskontakte so interessant geworden, daß die Regierung nicht länger den Kopf in den Sand stecken kann.

Erste Kontakte auf Außenminister-ebene gab es bereits 1973, doch dauerte es dann immerhin zwölf Jahre, ehe es - als Nebenergebnis des 30. Jahrestags der Bandung-Konferenz, an deren Feierlichkeiten auch eine chinesische Delegation teilnahm - zur Einrichtung direkter Handelskontakte zwischen China und Indonesien kam (Näheres dazu C.a., Mai 1987, Ü 5; C.a., Juni 1987, Ü 38). Beide Seiten wollten nicht einsehen, warum ihr Handel länger über Hongkong und Singapur verlaufen - und sich damit erheblich verteuern sollte!

Obwohl die Bahnen auf der Ebene der großen Politik inzwischen geebnet sind, gibt es auf Nebenschauplätzen

immer noch Schwierigkeiten. Anfang März beispielsweise konfiszierte die indonesische Regierung die Pässe von sechzig Indonesiern, nachdem sie ohne Erlaubnis ihrer Sicherheitsbehörden der VR China einen Besuch abgestattet hatten. Diese Beschlagnahme erfolgte zwei Tage nachdem Qian und Suharto ihre Normalisierungsvereinbarung getroffen hatten! (WPD, 1.3.89)

Auch Singapur will nun in aller Eile Beziehungen mit der VR China aufnehmen. Für den Stadtstaat war ein solcher Schritt nicht eine Frage des Grundsatzes, sondern ein Problem des "Timing", wie Ministerpräsident Lee Kuan Yew in einem Interview mit der *Straits Times* hervorhob (ST, 10.3.89). Singapur hatte seit Jahren erklärt, es werde diplomatische Beziehungen erst - aber dann auch ohne Zögern - aufnehmen, wenn auch Indonesien diesen Schritt unternommen habe. Singapur werde aber auch nach wie vor gute Beziehungen zu Taibei unterhalten; dies erklärte Li anlässlich des Besuchs des Staatspräsidenten Taiwans, Li Deng-hui, im Stadtstaat Anfang März 1989. Die Mission Taiwans in Singapur dürfe sich aber von dem Tag an, da Beziehungen zu Beijing bestünden, nicht mehr Vertretung der "Republik China" nennen (AWSJ, 10. und 11.3.89).

Eine Zeitlang hatte Singapur bereits überlegt, ob es sich nicht bereits an den Nachbarstaat Malaysia anhängen sollte, der im Mai 1974 offizielle Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte, doch entschloß man sich dann noch eher für die Indonesien-Option. Ohnehin spielt die Frage diplomatischer Beziehungen keine substantielle Rolle für die Handelsbeziehungen zwischen Singapur und China: Zwischen 1979 und 1989 vervierfachte sich der beiderseitige Handelsaustausch und erreichte 1989 den Gesamtwert von 2,25 Mrd. US\$, wobei Singapur zu Chinas fünftgrößtem Exportmarkt avancierte. Auch die Qualität der politischen Beziehungen zu Taiwan hat auf die singapurisch-taiwanesischen Handelsbeziehungen keinerlei Einfluß.

Bei der bereits erwähnten Pressekonferenz gab Qian Qichen auf die Frage eines ungarischen Journalisten, ob China hoffe, im asiatisch-pazifischen Raum eine den europäischen Gruppierungen EG und RGW ähnliche Organisation errichten zu können, die Antwort, daß eine solche politische Organisation für den asiatisch-pazifischen Raum ungeeignet sei. Die Unterschiede

zwischen Europa und Asien seien augenfällig. Sowohl in Ost- als auch in Westeuropa befänden sich entwickelte Länder, und zudem existiere eine Konfrontation der zwei Militärblöcke. Bei den Ländern im asiatisch-pazifischen Raum dagegen bestünden allzu große Unterschiede sowohl hinsichtlich des wirtschaftlichen Entwicklungsstands als auch der Gesellschaftsordnungen, der Kultur und der Geschichte. Außerdem bestehe in dieser Region keine Konfrontation von zwei Militärblöcken. Daher sei es nicht angebracht, nach europäischem Modell eine asiatische Organisation zur Wahrung des Friedens in dieser Region zu errichten. -we-

---

## Innenpolitik

---

### \* (6) 256 Todesopfer bei Niederschlagung der Demonstrationen in Tibet

Die Niederschlagung der Demonstrationen in Tibet anlässlich des 30. Jahrestages des tibetischen Volksaufstandes gegen die chinesische Besetzung Anfang März d.J. soll 256 Menschen das Leben gekostet haben. Dies berichtete ein aus Tibet zurückgekehrter Funktionär einem Journalisten der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* in Beijing. Einige Tibeter seien auf grausame Weise zu Tode gekommen, sagte der Kader, der Augenzeuge von Gewalttaten der chinesischen Sicherheitskräfte wurde. Der Funktionär nannte das folgende Beispiel für das brutale Vorgehen chinesischer Soldaten und Offiziere bei den jüngsten Unruhen in Tibet:

Ein junger Tibeter hatte zwei Steine auf Angehörige der Bewaffneten Volkspolizei (BVP) geworfen. Daraufhin fragte ein stellvertretender Zugführer seinen Vorgesetzten, ob zurückgeschlagen werden solle. Weil ein Stein genau sein Bein getroffen hatte, gab der stellvertretende Bataillonskommandeur den Befehl zurückzuschlagen. Daraufhin nahm der stellvertretende Zugführer zusammen mit drei BVP-Soldaten die Verfolgung des jungen Tibeters auf. Der Tibeter flüchtete in ein Haus einer normalen tibetischen Familie. Die vier Bewaffneten Volkspolizisten brachen die Tür auf und eröffneten wahllos das Feuer. Dabei kamen alle sechs Mitglieder der tibeti-

schen Familie zu Tode, das jüngste war elf Jahre alt. Der junge Tibeter hingegen, der die Steine geworfen hatte, konnte zunächst über eine Mauer entkommen. Die vier BVP-Angehörigen setzten die Verfolgung fort und wurden schließlich seiner habhaft, nachdem sie ihm in die Beine geschossen hatten. Einer der BVP-Soldaten schlug mit dem Kolben seines Gewehres mit ganzer Wucht auf den Kopf des an den Beinen schußverletzten Tibeters. Dabei löste sich ein Schuß, der einen hinter dem bewaffneten Volkspolizisten stehenden weiteren BVP-Soldaten in die Magengegend traf. Der getroffene BVP-Soldat starb auf der Stelle. Der stellvertretende Zugführer geriet über den Tod eines seiner Polizisten so in Wut, daß er dem am Boden liegenden Tibeter mit dem Gewehrkolben die Schädeldecke zerschlug, bis daß die Gehirnmasse auslief. Die Mitglieder einer sechsköpfigen tibetischen Familie, die Augenzeugen dieses grausigen Zwischenfalles wurden, riefen deshalb empört: "Mörder, Mörder!" Der stellvertretende Zugführer riß daraufhin seine Maschinenpistole hoch und eröffnete das Feuer auf die tibetische Familie. Alle sechs Mitglieder dieser Familie starben. (Zhengming, Mai 1989, S.24)

Der oben wiedergegebene Bericht eines chinesischen Funktionärs scheint durchaus glaubwürdig. Ausländer, die Anfang März in Lhasa gewesen waren, berichteten ebenfalls von einem brutalen Vorgehen und von exzessivem Schußwaffengebrauch der chinesischen Sicherheitskräfte. Der in der Nacht vom 7. auf den 8. März 1989 über Lhasa verhängte Ausnahmezustand hatte auch im April noch Gültigkeit. Ausländern ist es seit der Verhängung des Ausnahmezustands nicht möglich, sich vor Ort ein Bild über die Situation der Menschenrechte seit der Niederschlagung der tibetischen Demonstration für Unabhängigkeit zu machen. Der oben wiedergegebene Bericht eines chinesischen Augenzeugen über die Gewalttaten chinesischer Sicherheitskräfte in Tibet sollte zu größter Besorgnis Anlaß geben. -sch-

### \* (7) Weiterhin Ausnahmezustand über Lhasa

Auf einer Pressekonferenz am 3. April 1989 für chinesische und ausländische Journalisten, die am Rande der diesjährigen Plenartagung des chinesischen Parlaments stattfand, erklärte Mi-